

BESCHLOSSENES PROTOKOLL ZUR 45. SITZUNG DES MEDIATIONSFORUMS „ZUKUNFT LANDWEHRKANAL“

Datum: 23. September 2013
Beginn: 16:35 Uhr
Ende: 23.40 Uhr
Ort: Wasser und Schifffahrtsamt / WSA Berlin
Mehringdamm 129, 10965 Berlin

Mediatoren: Beate Voskamp & Stefan Kessen
Protokollantin: Claudia Schelp
Teilnehmer/innen: siehe Teilnehmerliste

Eingehaltene Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Beschluss über die Tagesordnung
2. Mediationsvereinbarung „Zukunft Landwehrkanal“
Gemeinsames Durchgehen der kommentierten Gegenüberstellung der Mediationsvereinbarungsentwürfe durch die WSV, beginnend mit Abschnitt 4
3. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine
4. Verabschiedung

1. Eröffnung, Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

Die Mediatoren begrüßten die Teilnehmer/innen zur 45. Forumssitzung.

Für diese Sitzung hatten sich entschuldigt: Frau Rotherberg-Alemu, Frau Weigelt-Pilhofer und Herr Kittelmann. Herr Joswig und Herr Scholz hatten angekündigt, erst später hinzukommen zu können. Herr Lücking wurde von Herrn Heuser vertreten, das Landesdenkmalamt von Herrn Hitzfeld, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung von Frau Klinker, die GDWS ASt Ost zusätzlich von Frau Schulz. Als Gäste begrüßten die Mediatoren erneut Herrn Kies und Frau Schäfer vom BMVBS.

Die Tagesordnung wurde wie vorgeschlagen beschlossen.

2. Mediationsvereinbarung „Zukunft Landwehrkanal“

▪ Kommentierte Gegenüberstellung der WSV für die Abschnitte 1 bis 6

Zur heutigen Sitzung lag seitens der WSV eine komplett kommentierte Gegenüberstellung für die Abschnitte 1 bis 6 der Mediationsvereinbarung vor. Der Versand der bisher noch fehlenden Abschnitte 4 bis 6 war über die Mediatoren 12. September 2013 erfolgt.

Die Mediatoren verwiesen erneut auf die Hinweise zur Vorgehensweise in der letzten Sitzung:

- Alle Beteiligte müssen sich darauf verlassen können und dürften voraussetzen, dass insbesondere die in den zurückliegenden acht Redaktionssitzungen bereits geführten Diskussionen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse bekannt seien, so dass sie nicht nochmals geführt werden müssen. Im Fokus der Anmerkungen sollten vor allem Abwei-

chungen und Veränderungen sowie deren Begründung auf Basis der Interessen und Bedürfnisse stehen. Um viele Formulierungen, die in den Vereinbarungsentwurf des Forums Eingang gefunden hätten, sei – auch im Beisein der WSV-Vertreter – intensiv gearbeitet worden.

- Der Vereinbarungsentwurf des Mediationsforums sei als Ausgangsbasis heranzuziehen (linke Spalte). Auch wenn der Text möglicherweise aus sprachlicher Sicht Optimierungspotenzial beinhalte, bilde er doch exakt das ab, was den Beteiligten wichtig sei und was sie gemeinsam erarbeitet hätten. Sie baten die Vertreter der WSV darum, jeweils konkret zu erläutern und zu begründen, weshalb es ihnen nicht möglich sei, den Text so zu übernehmen. Als Leitfragen für das gemeinsame Durchgehen der kommentierten Gegenüberstellungen sollten dienen:
 - Sind die gegebenen Kommentierungen / Erläuterungen hinreichend, nachvollziehbar, klar? Oder besteht ggf. welcher weitere Klärungsbedarf?
 - Wie muss der Text lauten, um im Konsens verabschiedet werden zu können?

▪ **Erklärung der WSV (BMVBS) zur zukünftigen Zusammenarbeit**

Herr Kies erläuterte die vorliegende Gegenüberstellung der Fassung der Redaktionsgruppe des Mediationsforums und der Fassung der WSV.

Für die heutige Sitzung wünschte er sich einen Austausch über klärungsbedürftige Inhalte des Vereinbarungstextentwurfs. Den Textvorschlag des BMVBS könne er persönlich vertreten und er habe das Mandat, darüber mit den Beteiligten zu sprechen.

Für Abstimmungsbedarfe auf Behördenebene verwies er auf die bestehenden Regelungen zur Benehmens- und Einvernehmensherstellung. Näheres dazu sei im Vereinbarungsentwurf der WSV beschrieben, siehe Passagen zur ZÖB = Zentrale Stelle zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Bei der ZÖB handele es sich um eine Neuheit, für die es in der WSV noch kein Vorbild gebe.

Die gesamte Kommunikation zum Thema Planfeststellung werde über die Planfeststellungsbehörde laufen. Die WSV könne die Planfeststellungsbehörde nicht beeinflussen, die Aufgaben der ZÖB existierten unabhängig davon und parallel dazu.

▪ **Vorgehensweise beim Durchgehen der kommentierten Gegenüberstellung**

Mit Verweis auf ihre Verfahrensverantwortung schlugen die Mediatoren vor, die Interessensammlung des Forums – als zentrales Element und Ergebnis der Mediation – zur Überprüfung des Vereinbarungstextentwurfs heranzuziehen, und so eine methodisch sorgfältige Vorgehensweise sicherzustellen.

Die Vertreter der WSV lehnten dieses Vorgehen mit Hinweis auf den bestehenden Zeitdruck ab: Sie hätten alle Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten in ihren Vereinbarungsentwurf eingearbeitet. Dieser sei vom Ministerium genehmigt. Das Verfahren sei bis zum 30. Oktober 2013 abzuschließen. Zur künftigen Vermeidung von Konflikten sagte die WSV zu, sich die Bedenken und Hinweise der Beteiligten anzuhören und zu erläutern, weshalb diese ggf. nicht berücksichtigt werden könnten, erläuterte Herr Kies. Durch diese Erläuterungen solle Vertrauen hergestellt werden. Die WSV habe die Prüfung des Vereinbarungsentwurfes – die ja auch in anderen beteiligten Behörden durchgeführt werden müsse – bereits vorweg genommen.

Die Mediatoren erläuterten, dass der Schritt des Anlegens der Interessen und Bedürfnisse der Beteiligten an den Vereinbarungstext auf jeden Fall stattfinden müsse. Insofern dies zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werde, könnten Diskussionen verkürzt werden.

Obwohl mehrere Forumsteilnehmer/innen Bedenken und Kritik über die Vorgehensweise der WSV einbrachten, entschieden die Beteiligten sich dafür, zunächst den Text mit den Kommentierungen der WSV durchzugehen um herauszufinden, wo Konsense und Dissense

bestehen und letztere zu diskutieren.

Gegenstand der Kritik war insbesondere:

- Die Umkehrung der Argumentation: Entgegen der Vereinbarung in der letzten Sitzung diene nicht mehr der Entwurf der Redaktionsgruppe des Forums als die Grundlage für die gemeinsame Arbeit, sondern der Entwurf der WSV. Das bedeute, dass nicht die Ministeriumsvertreter erläuterten, warum sie etwas ändern, sondern dass erneut die Forumsteilnehmer/innen darlegen müssen, weshalb ihnen ihre Vorschläge wichtig seien.
- Verzicht auf Errungenschaften der Zusammenarbeit: Es gelte, die guten kommunikativen Wege und Erfahrungen aus der Mediation für die künftige Zusammenarbeit zu sichern, ganz im Sinne des Verfahrensnamens „Zukunft Landwehrkanal“. Befürchtet werde ein Zurückfallen auf den Zustand vor dem Verfahren. Für die Umsetzung des genehmigten HU-Entwurfes sei wichtig, alle Stakeholder an einen Tisch zu holen.
- Kooperation zum Umgang mit Bäumen am Landwehrkanal: Vier Fünftel der Bäume am Landwehrkanal gehörten den Bezirken. Diese seien zentrale und adäquat einzubindende Kooperationspartner bei der Instandsetzung des Kanals.

▪ Durchgehen der kommentierten Gegenüberstellung der WSV

Beginnend mit Abschnitt 4 gingen die Sitzungsteilnehmer/innen den Vereinbarungstextentwurf gemeinsam durch. Frau Bodenmeier hat den jeweiligen Diskussionsstand im Vereinbarungstext dokumentiert.

Zentraler Diskussionsbedarf bestand bezüglich der Zielsetzung für die zukünftige Beteiligung und deren mögliche Institutionalisierung.

- **Bedarfsgerechte Besetzung der ZÖB:** Herr Kies erläuterte, dass eine noch konkretere Formulierung als „bedarfsgerecht“ nicht möglich sei, da diese eben abhängig sei vom tatsächlichen Bedarf: Gebe es keine Diskussionen, brauche man aus seiner Sicht auch niemanden, der dafür zuständig wäre. Mehrere Anwesende äußerten ihre Bedenken dahingehend, dass eine solche Formulierung auch bedeuten könne, dass die Stelle bspw. aus Geld- oder Personalmangel ggf. gestrichen werde. Ihnen sei wichtig, präventiv zu arbeiten und Konflikte zu vermeiden. Dies stelle eine ganz andere Herangehensweise und Auffassung von der „Kommunikativen Klammer“ / ZÖB dar. Herr Kies warnte davor, finanzielle Rahmenbedingungen überzubewerten. Die WSV werde attestieren, dass es einen Bedarf gebe – damit werde die Formulierung „bedarfsgerecht“ ausreichen. Die Anwesenden einigten sich auf die Formulierung: „...*, die mindestens mit einem Dienstposten ausgestattet ist.*“ Herr Kies erklärte, dass die ZÖB-Stelle im WSA Berlin angesiedelt sein würde.
- **Kompetenz der ZÖB:** Alle Beteiligten stimmten darin überein, dass die Aufgaben der ZÖB nur von einem Profi erledigt werden dürften. Diese Person müsse fachlich (technisch und juristisch) versiert und vor allem kommunikativ geschult sein. Die Einflussmöglichkeiten der Behörden auf die Besetzung seien jedoch sehr gering, erklärte Herr Kies. Wichtig werde eine große Flexibilität sein im Hinblick auf den Umgang mit Veränderungen.
- **Funktion der ZÖB:** Herr Kies sagte zu, dass die Informationen in der ZÖB gebündelt und gesammelt würden. Herr Bärthel erläuterte dazu, dass die ZÖB nichts fordern können werde, da dies über die gesetzlichen Pflichten hinausginge. Vielmehr gebe es eine Bringschuld aller Beteiligten.
- **Interessierte Öffentlichkeit:** Herr Kies erklärte, dass genau wie beim Planfeststellungsverfahren die gesamte Öffentlichkeit angesprochen werden solle. Der jeweilige Beteiligtenkreis könne sich entsprechend der einzelnen Sanierungsabschnitte auch jeweils ändern. Herr Scholz erläuterte das geplante Vorgehen: die ZÖB werde (mithilfe von 10 Mitarbeitern) per Briefpost die Öffentlichkeit informieren. Ziel sei es auch, dadurch einen E-

Mail-Verteiler auf- und weiter auszubauen. Mehrere Teilnehmer/innen äußerten ihre Skepsis und verwiesen auf neue Herausforderungen. Als Beispiel nannten sie die für sie offenen Fragen, wie die Einbindung neuer Personen und Gruppen stattfinden und wie die Kontinuität der Diskussion der bereits durch das Mediationsverfahren eingebundenen Personen und Gruppen mit sehr hohem Wissensstand erfolgen soll. Herr Appel äußerte sich gleichermaßen erfreut und irritiert, da aus seiner Sicht die WSV bisherige Versuche der Information und Einbindung der breiten Öffentlichkeit nicht unterstützt habe.

- **Format „Wir fragen, Sie antworten“:** Herr Appel wies darauf hin, dass dieses Format aus seiner Sicht nur sinnvoll sei, wenn die Fragenden auch in den Prozess eingebunden seien. Es sei „bewährt“, da es auf ein Forum habe zurückgreifen können, in dem alle Informationen zusammengeführt worden seien. Frau Bodenmeier erinnerte daran, dass die ursprüngliche Idee dieses Formats eine öffentliche Fragestunde gewesen sei und dass sich erst später daraus Baubesprechungen entwickelt hätten.
- **Benennung und Einordnung des Dialog-Organs:** Der Begriff der „Kommunikativen Klammer“ habe den gewünschten Effekt des Zusammenklammers besser wiedergegeben als der neue Begriff ZÖB, erklärte Herr Appel. Herr Dohna machte darauf aufmerksam, dass die Bezeichnung „Anlaufstelle“ nicht ausdrücke, was die Beteiligten gemeint hätten. Im Gegensatz zur Wortbedeutung gehe es insbesondere darum, dass die zentrale Stelle (ZÖB) Bedarfe proaktiv nach außen trage.
- **Einbindung des bisherigen Forums:** Frau Kleimeier äußerte die Sorge, dass besonders die Bürger verlieren würden, wenn es kein künftiges Forum mehr geben werde. Herr Kies betonte daraufhin, dass er die jetzigen Teilnehmer/innen des Forums / die Bürgervertreter/innen nicht verlieren wolle, deshalb seien sie im Text auch ausdrücklich genannt. Herr Dohna plädierte dafür, die vorhandene Expertise, z.B. von Frau Kayser, der IHK und den Reedern weiterhin nutzbar zu halten. Die Fassung der WSV decke dies nicht ab. Herr Scholz regte an, diese Diskussion in die erste Sitzung des neuen Formats zu verschieben. Herr Heuser unterstrich, dass die Beteiligten des Forums hilfreiche Multiplikatoren seien, die beratend tätig werden könnten. Bezugnehmend darauf erläuterte Herr Appel, dass die Bürgervertreter/innen bereits im Rahmen der Teststrecke am Paul-Linke-Ufer als Scharnier zur Öffentlichkeit fungiert hätten. Der Vorschlag von Herrn Scholz, die Mitglieder des Forums als Kerngruppe zur Vorbereitung der Veranstaltung für die interessierte Öffentlichkeit einzubeziehen, fand keinen Anklang, da von den Bürgern bereits sehr viel Arbeit unentgeltlich geleistet worden sei. Frau Kayser erklärte, dass sie sich nicht vorstellen könne, mit jemandem zu diskutieren, der z.B. die Sanierungsvarianten nicht kenne. Es ginge darum, Wissen und Erfahrung weiterzutragen. Im Entwurf der WSV fehlte ihr der Dialog und die Beteiligung. Viele sprachen sich für einen „Expertenbeirat“ aus, um die Expertise der Mediationsteilnehmer/innen zu sichern. Dieses Gremium könne dann auch für neue Experten geöffnet werden.

Herr Kessen fasste zusammen, dass es den Beteiligten darum ginge, Wege dafür zu finden, wie sich das Forum sinnhaft und nutzbringend einbringen könne. In der Entwurfsfassung der Redaktionsgruppe des Mediationsforums sei dies enthalten gewesen. Die Diskussion zeige, dass dies den Beteiligten sehr wichtig sei. Er bat die Vertreter der WSV erneut um Erläuterung der Gründe dafür, weshalb die entsprechenden Passagen gestrichen worden seien und was ihnen dabei wichtig gewesen sei.

- **HU-Entwurf:** Herr Dohna resümierte, dass er die Trennung des HU-Entwurfes von der Mediationsvereinbarung mit dem heutigen Wissen für unklug halte. Die Mediationsvereinbarung wäre wohl schon länger abgeschlossen, wenn diese zusammen mit der HU verabschiedet worden wäre, bedauerte er. Aus seiner Sicht habe es sich für die Beteiligten nicht gelohnt, „mit offenem Visier“ gehandelt zu haben. Er nehme die Entwicklung als bedauernswerten Rückschritt wahr.
- **ZÖB-Einrichtung bei Verfahrensabschluss:** Wichtig sei festzuhalten und zu vereinbaren, dass die ZÖB mit Abschluss des Verfahrens eingerichtet sein müsse – nicht erst

Wochen oder Monate später, erklärte Herr Dohna.

- **Beteiligungsziel aus Sicht der WSV:** Herr Kies fasste die Haltung der WSV so zusammen, dass sie das Vertrauen und den Dialog mit den Beteiligten mit der angemessenen Flexibilität fortsetzen wolle. Aus seiner Sicht sei der Konflikt durch die Konsensvariante (genehmigter HU-Entwurf) inhaltlich gelöst worden. Durch den Grad der Detaillierung der Konsensvariante sehe er wenig Spielraum zur Veränderung und damit nur geringes Konfliktpotenzial. Eine ständige Institution oder ein Gremium für den Dialog halte er für nicht erforderlich. Ihr Ziel sei nicht, etwas zu einzuschränken oder zu beenden, sondern vielmehr für die breite Öffentlichkeit zu öffnen. Hier bestünde dann für jede/n die Möglichkeit, ihre/seine Expertise einzubringen. Umgesetzt werde das, was in der Konsensvariante vereinbart sei. Darüber solle vollständige Transparenz herrschen. Im Fall einer Abweichung oder eines Konfliktes könne die Gruppe des dann ehemaligen Mediationsforums wieder zusammenkommen können. Frau Schäfer erläuterte, dass sie die Institutionalisierung in Form eines Forums gestört habe. Sie versicherte, dass die Mitarbeit wertgeschätzt werde. Eine Einbindung – jedoch ohne Institutionalisierung – sei für die WSV in Ordnung. Herr Kies erinnerte an seine Ausführungen in der letzten Sitzung: Je weiter die Planung fortschreite Richtung Vergabe und Umsetzung, desto geringer werde der Spielraum für Entscheidungen. In der bevorstehenden Phase des Vorhabens gehe es darum, Informationen transparent zu machen und Dinge zu diskutieren. Die bisher praktizierte intensive Form der Beteiligung müsse reduziert werden. Die konzeptionelle Expertise des Forums sei ggf. dann gefragt, wenn es Umsetzungsprobleme gebe oder die Planung verändert werden müsse. Er plädiere dafür, den Aufwand der Beteiligung zurückzufahren und gleichzeitig das Vertrauen und die Kommunikation zu erhalten.
- **Ausführungsplanung:** Herr Appel erklärte, dass erfahrungsgemäß der Teufel im Detail stecke: So könne es auf Grundlage des HU-Entwurfes zu unterschiedlichen Ausführungen kommen. Insbesondere die ökologischen Maßnahmen seien noch nicht im Detail besprochen oder gar geplant worden. Mehrere der Anwesenden zeigten sich irritiert über die Haltung der WSV und formulierten, nicht 10 Jahre in Standby-Haltung verweilen oder auf Abruf als Puffer für Konfliktvermittlung herangezogen werden zu wollen. Eine solche Vorgehensweise werde zum Verlust von Kompetenzen auf beiden Seiten führen. Frau Kleimeier erinnerte daran, dass Herr Scholz in den Planungen zum Entwurf- HU mehrfach darauf verwiesen habe, dass gewisse Überlegungen Teil der Ausführungsplanung seien. Damals habe er zugesichert, dass sie sich diese Teile zum entsprechenden Zeitpunkt gemeinsam genauer ansehen würden. Auf diese Aussagen hätten sie sich verlassen.
- **Expertenkreis/-beirat:** Herr Bärthel nahm nach intensiver Diskussion die Anregung der Anwesenden auf, einen Expertenkreis/-beirat zu bilden, um die Expertise der Mediationsforumsteilnehmer/innen zu erhalten und damit ein „Zwischenelement“ zwischen der breiten Öffentlichkeit und der ZÖB zu schaffen. Dieser Expertenkreis solle sich mit der Bauplanung des Neubauamtes befassen.
- **Informationswege für Behörden:** Frau Kayser führte aus, dass Herr Kittelmann in einer Redaktionsgruppensitzung erklärt hatte, dass er nicht die gesamte interessierte Öffentlichkeit informieren könne. Es sei besprochen worden, dass Informationen über die „Kommunikative Klammer“ eingespeist würden und dass die Behörden entsprechende Informationen zur Verfügung stellten. Die WSV-Vertreter erklärten, dass es darum gehe, dass alle Behörden, nicht nur die WSV, von den Regelungen der Vereinbarung betroffen seien. Einige der Anwesenden gaben zu bedenken, dass dann die E-Mail-Verteiler-Listen der interessierten Öffentlichkeit zwischen den Behörden ausgetauscht und parallel aktualisiert werden müssten. Dies bedeute Aufwand und Verantwortung, gab Herr Kies zu bedenken. Herr Scholz befürchtete, dass die Empfänger auf die E-Mail-Funktion „antworten“ klickten und damit ein enormer Arbeitsaufwand bei der ZÖB läge, auf eingehende E-Mails zu antworten. Frau Voskamp erläuterte, dass diese Aufgabe bisher bei den Mediatoren gelegen habe und dass dies bisher relativ wenig Aufwand gewesen sei. Aus Zeit-

gründen und aufgrund der Abwesenheit der meisten Bezirksvertreter wurde das Thema in dieser Sitzung nicht abschließend behandelt.

3. Allfälliges, weiteres Vorgehen, nächste Termine

Herr Kies äußerte sich zufrieden über den Sitzungsverlauf. Aus seiner Sicht könnten nach Klärung des Abschnitts 4 auch die Abschnitte 1 bis 3 schnell besprochen werden. Er schlug weitere Arbeitssitzungen vor für den 30. September und den 21. Oktober 2013. Die Mediatoren verwiesen darauf, dass der erste Termin in den Herbstferien liege und sie keine Zeit hätten an den beiden angedachten Terminen. Nach kurzer Diskussion einigten die Beteiligten sich darauf, die beiden Termine wahrnehmen zu wollen – trotz Abwesenheit der Mediatoren.

Herr Kies bat diejenigen, die am 30.9.2013 nicht teilnehmen könnten darum, ihre Hinweise und Anmerkungen zur Textfassung zurückzumelden. Die Forumsteilnehmer/innen wünschten sich, dass die Bezirksvertreter an diesen nächsten Sitzungen teilnähmen, da die offenen Punkte ohne sie nicht geklärt werden könnten.

Nächste Termine:

- **Gesprächstermine über den Vereinbarungsentwurf der WSV (ohne Mediatoren):**
 - **Montag, 30. September 2013**
 - **Montag, 21. Oktober 2013**
- **46. Forumssitzung am Mittwoch, den 30. Oktober 2013**

4. Verabschiedung

Die Sitzung endete um 23:40 Uhr. Die Mediatoren wünschten allen einen guten Abend.